

der Lage sind, den benötigten Schulraum bereitzustellen. Die Landesregierung hat durch die Erhöhung der Schulbaumittel auf 695 Mill. im Haushaltsjahr 1973 gegenüber einem Ansatz von 580 Mill. DM 1972 deutlich gemacht, daß sie zu einem verstärkten Engagement zugunsten des kommunalen Schulbaus bereit ist.

Die SPD-Landtagsfraktion hält darüber hinaus ergänzende Maßnahmen für notwendig, die sicherstellen, daß die bewilligten Schulbaumittel zügiger von den Gemeinden in Anspruch genommen werden können. Aus diesem Grunde hat die SPD-Landtagsfraktion dem Kulturausschuß am 30. August 1973 Vorschläge zur Verbesserung des kommunalen Schulbaus zur Beschlußfassung vorgelegt. Inhalt dieser Vorschläge ist:

1. Vereinfachung und Beschleunigung des Überprüfungsverfahrens für kommunale Schulbaumaßnahmen durch die Regierungspräsidenten,
2. Erhöhung der Anfangsraten bei der Zuweisung von Schulbaumitteln zur Entlastung der Gemeinden,
3. verstärkte Anwendung industrieller Bauverfahren im kommunalen Schulbau durch entsprechende Förderung des Landes.

F.D.P.: Solideste Finanzierung

Hierzu sagt Abgeordneter W. Heinz:

In Nordrhein-Westfalen wurden die unter der Federführung Willi Weyers (F.D.P.) verwalteten Schulbaumittel von 459 Millionen DM 1970 auf rund eine Milliarde DM für das Jahr 1974 mehr als verdoppelt.

Mit dem klaren System echter Zuschüsse in beträchtlichem Umfange leistet das Land Nordrhein-Westfalen einen Beitrag zum Schulbau wie kein anderes Bundesland.

Die Förderung des Landes im Schulbau kann alleine das Problem der großen Klassen nicht lösen. Den Gemeinden selbst bleibt die Verantwortung, den Schulbau rationell zu betreiben. Durch Planungsgemeinschaften sind ohne Gefahr von Uniformismus oder architektonische Einfallslosigkeit und Eintönigkeit erhebliche Einsparungen bzw. die Erstellung von mehr Kapazitäten bei gegebenem Finanzierungsumfang möglich.

Die Klassen- und Schulraumplanung kann sich weiterhin nicht alleine an der augenblicklichen Situation orientieren. Die Entwicklung der Schülerzahlen muß beim Bau zusätzlichen Schulraums berücksichtigt werden. Weil in kurzer Zeit die rückläufige Entwicklung der Schülerzahlen zu kleineren Klassen bei gleichbleibendem Schulraumvolumen führen wird, muß der aktuelle Mehrbedarf sorgfältig geprüft werden.

Der derzeitige Engpaß sollte nicht unbedingt durch Neubauten überbrückt werden. Die Öffentlichkeit hätte sicherlich kein Verständnis, wenn im Gegensatz zur jetzigen Situation in einigen Jahren Schulräume und Schulbauten ungenutzt als Ruinen schulischer Fehlplanung dastünden. Die Überbrückung muß daher durch Behelfsbauten erfolgen, für die das Land im Rahmen des Schulbauprogramms ebenfalls Mittel bereitstellt. Darüber hinaus können sicherlich durch organisatorische Maßnahmen der Schulträger zusätzliche Kapazitäten für einen kürzeren Zeitraum geschaffen werden.

Porträt der Woche

Der Landtag mußte aus den Ferien zurück. Die Pfu- und Bravo-Argumente in der Öffentlichkeit überschlugen sich. Seit seine Unterschrift die Ernennungsurkunde des DKP-Funktionärs Volker Götz zum Richter auf Probe zielt, ist sein Name bis in den letzten Winkel der Bundesrepublik gedrungen, der Name Dr. Diether Posser (51), einst Landesminister für Bundesangelegenheiten in Bonn, jetzt NRW-Justizminister, verheiratet, Vater von vier Kindern. Selbst der politische Gegner versagt diesem Mann aber nicht den menschlichen Respekt, obwohl seine schließlich gestoppte Götz-Ernennung ihn leicht ins Zweiflicht hätte bringen können. Diether Posser ist ein integrierender Demokrat. Niemand zweifelt daran.

Mit der Beharrlichkeit eines Elefanten schob sich dieser Mann in der Politik nach vorn. 1957 war er Junior-Sozius des damaligen Essener Rechtsanwalts und heutigen Bundespräsidenten Heinemann. Als die Gesamtdeutsche Volkspartei Heinemanns aufgelöst wurde, ging er mit seinem Vorbild in die SPD, ein Presbyter und Synodale der Evangelischen Kirche, angehaucht von jenem pazifistischen Protestantismus, der durch die Namen Niemöller und Mochalski umrissen wird.

Als Anwalt verteidigte Posser nach dem KPD-Verbot mehrfach Kommunisten, vertrat Wehrdienstverweigerer, und im Landtag von Nordrhein-Westfalen gab er seine Visitenkarte als blendender Redner ab. Doch der Sprung auf die Abgeordnetenbank gelang erst im dritten Anlauf. 1958 und 1962 kandidierte er vergeblich. 1966, als er nach neun Jahren endlich in den Vorstand des SPD-Unterbezirks Essen gewählt wurde, kam er auch ins Landesparlament.

Von nun an ging's bergan. Auf Anhieb wurde der Parlamentsneuling zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Zwei Jahre spä-



Dr. Diether Posser (SPD)
Justizminister von Nordrhein-Westfalen

ter war er stellvertretender Vorsitzender im SPD-Bezirk Niederrhein, 1970 bekam er Sitz und Stimme im Bundespartei Vorstand der SPD.

Der Genosse von der intellektuellen Sorte hatte unterwegs ein Angebot von Bundeskanzler Brandt, ins Bundeskabinett zu kommen. Doch Posser zog den Platz im Lande vor. Im Föderalismus sieht er trotz aller Unkenrufe noch immer eine Chance. „Die Rede von einer angeblichen Krise des Föderalismus erweist sich ... als unberechtigt“, postulierte der Minister. „Sie ist eher unter psychologischen Gesichtspunkten zu erklären, nämlich der menschlichen Neigung, für ein verspürtes allgemeines Unbehagen einen Blitzableiter zu suchen, und hierfür muß eben bei uns oft der Föderalismus herhalten.“

Dieser vielgepriesene, vielgeschmähte Föderalismus hat offenbar auch noch eine Chance für ihn selbst. Unter den Nachfolgekandidaten für Ministerpräsident Kühn gilt der Mann, der sich auch vor Knochenarbeit nicht scheut, immer noch als Nummer eins. Doch im Augenblick hat er andere Sorgen: Götz und die Folgen. Daß er außerdem noch mit den Problemen überfüllter Haftanstalten und einem chronischen Mangel an Aufsichtspersonal fertig werden muß, wird darüber fast vergessen.

Helmut Locher